

Perspektiven für Österreich

„Die Zukunft müssen wir uns erobern“

Seit nunmehr 73 Jahren leben wir in Österreich in einer Periode des Friedens, der Freiheit und des wachsenden Wohlstands. Damit das so bleibt, müssen wir uns den wesentlichen Herausforderungen der Zukunft stellen: der Überalterung unserer Gesellschaft, der Digitalisierung sowie dem Klimawandel.

Die wirtschaftliche Basis und Standortattraktivität mit unserer leistungs- und konkurrenzfähigen Industrie sowie den zahlreichen „Hidden Champions“ gilt es zu erhalten und zu fördern. Speziell für kleine Volkswirtschaften ist ein florierender Außenhandel zum Königsweg geworden, um in einer vernetzten Weltwirtschaft zu reüssieren. So hat die Euphorie über die von Jahr zu Jahr wachsenden Exporterfolge auch strukturelle Mängel verdeckt, die seit vielen Jahrzehnten evident sind. Denn gleichzeitig zu den Exporten sind auch die Importe in fast ebensolcher Größenordnung gestiegen.

Wir sind unnötig überreguliert und damit überbürokratisiert. Wir sind sicher nicht im Spitzenfeld, was ökonomische Freiheit angeht, und das führt dazu, dass wir unsere Wettbewerbsposition in den letzten 10 bis 20 Jahren um einiges verschlechtert haben. Das gilt auch für das Ausmaß der Innovationsdynamik. Es existiert viel zu wenig Risikokapital. Wollen junge Menschen ein Unternehmen gründen, haben sie es schwer, einen Kredit zu bekommen. Eine Firmengründung gleicht in Österreich einer Staatsaffäre. Und wer es dennoch gewagt hat, jedoch gescheitert ist, sollte nicht als Versager abgestempelt, sondern vielmehr als Mensch gesehen werden, der es zumindest einmal versucht hat.

Industrielle Tätigkeit hatte hierzulande nie ein besonders hohes gesellschaftliches Prestige. Das hat lange Tradition. Es mangelt bereits seit der Monarchie nicht nur an privatem Kapital für Industrieprojekte, sondern auch an kompetenten Unternehmerpersönlichkeiten. Die Tatsache, warum in Österreich die Gruppe selbstbewusster, eigenverantwortlicher und eigeninitiativer Menschen so überschaubar ist, mag wohl historisch bedingt sein. Es braucht Rahmenbedingungen, um selbstbewusste Menschen – heute spricht man vom Mittelstand – zu ermöglichen, die Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit haben, kontroverse Debatten nicht scheuen, optimistisch in die Zukunft blicken

sowie Probleme aus eigener Kraft lösen wollen und können. Entrepreneurship heißt, Ideen, Mut und Courage zu beweisen. Wenn der rechtliche Rahmen enger wird, muss man selbst weltoffen neue Wege suchen und nicht engstirnig auf Lösungen „von oben“ warten.

Bei all den Modernisierungsschüben, die wir erlebt haben und erleben, ist die Skepsis gegenüber allzu eifrigen Reformern immer bestehen geblieben. Diskussionen neuer Ideen werden vornehmlich in kleinen, elitären Zirkeln geführt, und kommt es schließlich zu entscheidenden Wendungen, dauert es meist Jahrzehnte, bis die positiven Effekte politischer Reformen in der breiten Masse ankommen und sichtbar werden.

Große Reformprojekte sind außerdem immer mit der Gefahr behaftet, den, der sie initiiert, unpopulär werden zu lassen. Österreich hat an vielen Ecken und Enden Reformbedarf. Um Antworten zu finden, braucht es mehr denn je starke, visionäre Persönlichkeiten, die sich gegen den Strom zu schwimmen getrauen und entweder kein Amt zu verlieren oder keine Angst davor haben.

Die Fragmentierung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern beeinträchtigt viele Bereiche in der Politik. Eine Abschaffung der Bundesländer wäre dennoch nicht die richtige Antwort, da sie in der wechselvollen österreichischen Geschichte eine Quelle der Identität darstellen. Der aus dem Ruder gelaufene Länderföderalismus hingegen bedarf einer Restrukturierung. Er ist mit ein Grund, warum in vielen Bereichen unseres Landes Doppelgleisigkeiten in Form zahlloser Leerkilometer zulasten künftiger Generationen absolviert werden. Vom Erbe der Monarchie gibt es sicher vieles zu bewahren, allen voran die Idee des Vielvölkerreiches. Überdimensionierte Verwaltungsstrukturen und realpolitisch überbewertete Regionalpolitiker gehören aber sicher nicht dazu.

Unternehmensstandort mit Verbesserungspotenzial

Wir haben fleißige Leute, wir haben kreative Leute, sonst hätten wir nicht die Erfolge im Export und wären nicht weltweit eines der erfolgreichsten Länder im Tourismus. Das sind die positiven Seiten. Verbesserungsnotwendigkeit haben wir im Bildungsbereich, im Wissenschaftsbereich und in der Umsetzung der Digitalisierung.

Die Regierung ist erst ein Jahr im Amt und es ist zu früh, Ergebnisse zu beurteilen. Bisher gibt es viele, wenn auch hohle Ankündigungen, aber noch wenig wurde umgesetzt. Teilweise machen wir sogar Rückschritte, etwa im Bildungsbereich, im Gesundheitsbereich, siehe Rücknahme des Rauchverbots in der Gastronomie, oder der Unfallversicherung. Auch der machtpolitische Zirkus rund um die Krankenkassen ist ein Rückschritt. Im Bereich der Universitäten und der Grundlagenforschung machen wir keine Fortschritte im Vergleich zu München, Heidelberg oder der ETH Zürich, geschweige denn zu Oxford oder Cambridge.

Die Gesellschaft vergeist, es kommen weniger Junge nach und wir tun so, als ob uns das alles nicht berührt. Das betrifft nicht nur den universitären Bereich, sondern auch

die Bildung und Ausbildung von Facharbeitern wie etwa das private Pflegepersonal, das touristische Personal, Mitarbeiter im Baubereich, Köche und Reinigungspersonal. Wir haben einen großen Mangel, und dennoch schieben wir in ökonomisch törichter Weise brutal und ruchlos Lehrlinge ab, weil die Bundesregierung populistisch glaubt, damit in der Bevölkerung Unterstützung zu finden.

Unser Bildungswesen ist noch nicht einmal am Höhepunkt des Industriezeitalters angekommen und demnach hoffnungslos veraltet, was die Vermittlung notwendiger Qualifikationen sowie der nötigen Flexibilität im digitalen Zeitalter betrifft. Der Bildungsstandard der Bevölkerung wird jedoch darüber entscheiden, ob wir in einer digitalen Welt bestehen können und wie wir den Anforderungen von künstlicher Intelligenz begegnen. Die Angst, diese Entwicklung könnte den Menschen die Arbeit rauben, ist völlig illusorisch – im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, einer alternden Gesellschaft, geradezu absurd.

In den vergangenen 300 Jahren haben nach allen historischen Erfahrungen neue Technologien die benötigten Arbeitsplätze nicht verringert, sondern vermehrt. Man braucht Spezialisten, die das digitale Zeitalter beherrschen. Wir werden in Zukunft einen noch größeren Bedarf an Pflegepersonal und Bildungspersonal haben. Wir leiden nicht an einem Überangebot an Arbeitskräften, sondern an einem Defizit. Hier wird eine Angst geschürt, die ganz konträr zu den tatsächlichen Gegebenheiten steht.

Unzweifelhaft werden in der „kreativen Ökonomie“ vor allem höher qualifizierte Fähigkeiten nachgefragt und entsprechend bezahlt werden. Für die Übrigen bleibt lediglich die „Gig Ökonomie“, d.h. gering bezahlte Tätigkeiten bei formeller Selbständigkeit (Stichwort „Ich-AGs“), aber hoher Abhängigkeit, oder Null-Stunden-Verträge, bei denen auch die Fixierung von Mindestlöhnen wirkungslos ist und die Gefahr des Prekariats droht. Nur wenige sorgen sich bislang um diese Entwicklung, obwohl sie zu gewaltiger sozialer Ungleichheit führen muss.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels, einer alternden Bevölkerung, bei der geburtenstarke Jahrgänge mit steigender Lebenserwartung in den Ruhestand gehen und geburtenschwache Jahrgänge in den Arbeitsprozess folgen, erzeugen in Europa, dessen Bevölkerung rund 50 Prozent der weltweiten Sozialausgaben konsumiert, schon derzeit einen beträchtlichen Arbeitskräftemangel. Das Problem der Sicherung der Sozialsysteme wird in absehbarer Zeit hinzukommen.

Auch wenn die Themen „Digitalisierung“, „Roboterisierung“ und „Industrie 4.0“ schon seit längerem und auch auf breiter Ebene diskutiert werden, gilt das nicht in gleichem Ausmaß für die damit verbundenen Veränderungen im Bereich der Wirtschaft. Dabei zeigt schon ein Blick auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre, welche weitreichende Umwälzungen gerade im Unternehmensbereich stattfinden.

Sieben der heute zehn wertvollsten Unternehmen der Welt sind Internet-Giganten, die fünf führenden – Apple, Google/Alphabet, Microsoft, Amazon und Facebook – zu-

dem amerikanischen Firmen. Dicht gefolgt werden sie von den chinesischen Tech-Riesen Alibaba, Tencent und Baidu, Firmen aus Europa finden sich hingegen nicht in der Top-Liste. Erst auf Platz 17 liegt Royal Dutch Shell als wertvollstes europäisches Unternehmen; bestplatziertes IT-Unternehmen ist die deutsche SAP auf Rang 62 (bzw. 12 im Technologieranking). Alle diese neuen IT-Firmen gab es vor 20 Jahren noch nicht – oder sie waren damals bedeutungslos. Schon dieser Umstand zeigt den gewaltigen Umbruch, den unser Wirtschaftssystem derzeit erfährt. Es wandelt sich hierbei von der materiellen Wirtschaft mit vormals rauchenden Schloten und bislang riesigen Produktionsanlagen (Tangibles) zu einem immateriellen System, das auf geistigem Eigentum, Patenten, Software, Unternehmensprozessen sowie hochqualifizierten Mitarbeitern beruht (Intangibles). Schon jetzt werden in den Industrieländern für jeden Euro an Investitionen in Tangibles 1,15 Euro für Investitionen in Intangibles ausgegeben. Wir steuern ins Zeitalter des digitalen Kapitalismus ohne sichtbares Kapital.

Wachstum ohne zusätzliche Investitionen

Diese Entwicklung ist u.a. dadurch gekennzeichnet, dass die zusätzlichen Kosten für höheren Ausstoß nahezu Null betragen. Sie erzielen also Wachstum ohne zusätzliche Investitionen, weil die Grenzkosten keine Rolle spielen, einerlei, ob der Ausstoß eine Million oder eine Milliarde beträgt. Diese neue Plattformökonomie, also die systemische Vernetzung von Hardware- und Softwareprodukten, monetarisierbaren Daten und Services, zeigt sich am deutlichsten bei den erwähnten Internet-Giganten, aber auch bei Uber oder Airbnb. Aufgrund ihrer gewaltigen, oligopolistischen Marktdominanz haben sie inzwischen auch beträchtliche politische Macht und durchdringen zunehmend alle Lebensbereiche, bis hin zur Beeinflussung unseres Konsum- und Wahlverhaltens. Sie bewegen sich auf den gewinnträchtigen oberen Ausschlägen der sogenannten „Smiling Curve“, wo die Wertschöpfung am größten ist, während sich die Zulieferer der Hardware in der Wertschöpfungskette an der wenig ertragreichen Talsohle abmühen. Und schließlich zahlen sie auch kaum Steuern, da diese nationalstaatlich eingehoben werden, die Tech-Giganten aber global tätig sind und damit ihre Besteuerung völlig legal – wenngleich nicht unbedingt moralisch legitim – an die für sie am günstigsten Orte verlegen können. Zudem gibt es bislang kein Steuermodell, das ihren wichtigsten Rohstoff – die Daten – und ihre tatsächlichen, wenngleich virtuellen Betriebsstätten erfassen könnte.

In Österreich wie in Europa fehlen global bedeutsame IT-Großunternehmen, auch insgesamt gibt es enormen digitalen Aufholbedarf. Um wieder Anschluss zu finden, sind zeitgemäße (Aus-)Bildungssysteme ebenso notwendig wie entsprechende Forschungsanstrengungen. Kein europäisches Land kann dies allein bewältigen, dazu bedarf es gemeinsamer europäischer Anstrengungen.

Soll Österreich auch in der Welt von morgen bestehen, so muss es sich seiner historischen Tugenden besinnen und nicht naiv den falschen Vorbildern folgen. Alpen-Orbanismus und Austro-Trumpismus sind das genaue Gegenteil dessen, was den Erfolg Österreichs einst ermöglicht hat.

Angesichts der Vielzahl und Komplexität der Herausforderungen kann die Lösung nicht in der Rückkehr zum Nationalstaat liegen. Nur im Verbund der europäischen Staaten hat Österreich eine Chance, nicht in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen und zum Spielball der Mächtigen zu verkommen. Es kann nur mit der EU gelingen, effektive Akzente zu setzen, sei es bei der Friedenssicherung an den Rändern Europas, bei der Bekämpfung der Klimakrise, bei der Bewältigung der digitalen Transformation oder des demografischen Wandels einer alternden Gesellschaft.

Außerdem muss sich Österreich besser als bisher auf die globalen Herausforderungen vorbereiten. Es bedarf dringend entschlossener Aufhol- und Modernisierungsanstrengungen etwa im Bildungswesen oder im Forschungs- und Innovationssystem, vor allem aber im Bereich von künstlicher Intelligenz, Cyber Physics und Digitalökonomie.

Wenn es gelingt, diese Gesellschaftsvision nicht nur für die Menschen, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten und auf diesem Weg auch deren Befürchtungen hinsichtlich Überwachung und „digitaler Diktatur“ ernst zu nehmen, kann es gelingen, die beträchtlichen Chancen der Digitalisierung, Roboterisierung und künstlichen Intelligenz tatsächlich zum Vorteil nicht nur weniger Tech-Giganten, sondern aller Menschen in Österreich zu nutzen.